BESCHLUSS

Sichere Energieversorgung für den Winter

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	14.10.2022
Tagesordnungspunkt:	ES Sichere Energieversorgung für den Winter

Antragstext

Der Angriff Russlands auf die Ukraine bedeutet unermessliches Leid für die Menschen in der Ukraine, eine Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung und Risiken für die weltweite Ernährungssicherheit. Er bringt aber auch große Herausforderungen für unsere Energieversorgung mit sich.

Mit der von zahlreichen Vorgängerregierungen forcierten Abhängigkeit Deutschlands von russischen fossilen Energieträgern, vor allem von russischem Gas, wurde Vladimir Putin ein Instrument an die Hand gegeben, um direkten Einfluss auf unsere Versorgungssicherheit, unseren Wohlstand und unsere Wirtschaft zu nehmen. Längst hat die russische Regierung mithilfe willkürlicher Drosselungen oder Abschaltungen der Gaslieferungen einen Wirtschaftskrieg mit Europa begonnen. Wir unternehmen daher in der Ampel-Koalition jede Anstrengung, Deutschland nicht nur aus der energiepolitischen Abhängigkeit Russlands zu befreien. Wir wollen die fossile Abhängigkeit unserer Gesellschaft überwinden und mit einer dekarbonisierten Energieversorgung die Souveränität Deutschlands und Europas stärken. Dabei setzen wir Grüne mit aller Kraft auf Einsparung, Energieeffizienz und den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Bau von Stromspeichern.

Sie sind der beste Beitrag, um die dreifache Herausforderung aus Klimaschutz, Energiesicherheit und Bezahlbarkeit zu bewältigen. Gleichzeitig muss Deutschland gezwungenermaßen für die Übergangszeit verstärkt auf fossile Energien zurückgreifen – Kohlekraftwerke etwa, die in den Markt zurückkehren, oder LNG-Gas, für dessen Anlandung schwimmende und auf Wasserstoff umrüstbare feste Terminals gebaut werden.

Diese Politik tragen wir Grüne in der Koalition mit SPD und FDP, weil wir uns unserer Verantwortung für das Land bewusst sind und uns die Aggression Putins dazu zwingt, eine konsequente Klimapolitik mit der Notwendigkeit der Versorgungssicherheit in Einklang zu bringen. Die Ampelkoalition arbeitet zugleich mit Hochdruck daran, Bürger*innen und Unternehmen, welche die zusätzlichen Belastungen nicht eigenständig tragen können, zielgerichtet vor den Verwerfungen der Energiekrise zu schützen. Mit mittlerweile drei Entlastungspaketen, die wir als Grüne maßgeblich mitgestaltet haben, haben wir bereits viele Menschen und Unternehmen in Zeiten dramatischer Preisanstiege unterstützt.

Vorrang für erneuerbare Energien

Parallel zu den explodierenden Gaspreisen durch den Angriff Russlands auf die Ukraine hat der Ausfall der französischen Atomkraftwerke die Strompreise in ganz Europa zusätzlich massiv in die Höhe getrieben. Der Versuch, Versorgungssicherheit durch Atomkraftwerke herzustellen, scheitert in Frankreich an überalterten Kühlrohren und von der Klimakrise ausgetrockneten Flüssen. Das treibt nicht nur Europas Strompreise, sondern gefährdet potentiell die Stabilität in Teilen des europäischen Stromnetzes in diesem Winter, etwa in

Bayern. So standen zeitweise über die Hälfte aller französischen Atomkraftwerke still, die Stromproduktion aus Wasserkraft war aufgrund der klimakrisenbedingten Dürre in vielen europäischen Ländern auf einem Tiefstand und das dürrebedingte Niedrigwasser auf dem Rhein ermöglichte nur eingeschränkt den Transport von Kohle an die entsprechenden Kraftwerke. Hinzu kommt, dass durch den insbesondere auch von der CSU verzögerten Netzausbau Strom, vor allem aus erneuerbaren Energien, nicht ausreichend von Nord nach Süd transportiert werden kann. Dadurch drohen Engpässe insbesondere in Süddeutschland. Bitter rächt sich nun, dass die bayerische Staatsregierung den Ausbau der Windkraft und der Übertragungsleitungen massiv bekämpft hat. Damit hat die CSU nicht nur für das Land Bayern eine schwierige Situation geschaffen, sondern für die Bundesrepublik insgesamt.

Unsere Verantwortung für die Menschen in unserem Land und für die Versorgungssicherheit gebietet es, die Situation in diesem Winter sachlich und problemorientiert zu bewerten. Um die Diskussion zu versachlichen, hat das Bundeswirtschaftsministerium einen zweiten Stresstest zur Netzstabilität in Auftrag gegeben, in dem verschiedene Krisenszenarien für den Winter 2022/23 berechnet wurden. Der Stresstest hat ergeben, dass eine krisenhafte Situation im Stromsystem für diesen Winter zwar sehr unwahrscheinlich ist, aber nicht vollständig ausgeschlossen werden kann. Damit besteht mit geringer Wahrscheinlichkeit die Gefahr von regionalen Lastunterdeckungen.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, steht ein Bündel von Maßnahmen zur Verfügung. Dazu gehört die zusätzliche Stromproduktion durch Windenergie, Photovoltaik und Biogasanlagen, die Erhöhung von Transportkapazitäten über die vorhandenen Stromnetze, die Nutzung von alternativen Kraftwerksreserven und die Aktivierung von Leistungsreserven bei Kohlekraftwerken sowie die Erweiterung des Lastmanagements in enger Absprache mit der Industrie. Wir brauchen ergänzend und netzstabiliserend regional differenzierte Märkte. Außerdem werden besonders die Träger öffentlicher Gebäude zum Energiesparen angehalten und alle Stromverbraucher*innen, vom Anlagenbetreiber über Ladenbesitzer*innen bis hin zu Privatleuten, bei ihren Bemühungen unterstützt. Maßnahmen zur Energieeffizienz und Energieeinsparung werden verstärkt. All das ist entscheidend, um die Versorgungssicherheit in diesem Winter zu gewährleisten.

Windkraftausbau zusätzlich beschleunigen

Die bisher ergriffenen Maßnahmen beschleunigen den Ausbau der Windkraft für die Zukunft. Für 2022 und 2023 – und somit entscheidend für die kommenden Winter – leidet der Zubau noch an den Versäumnissen der Vorgängerregierungen. Wir wollen zusätzlich den Ausbau der Windkraft an Land kurzfristig ankurbeln, um die Energiepreise zu dämpfen und klimaschädliche Kohlekraft zu ersetzen. Derzeit liegen Anträge zur Errichtung von 8 bis 10 Gigawatt Windkraft in den Genehmigungsbehörden. Wir fordern Bund, Länder und Kommunen auf, diese Anlagen angesichts des russischen Energiekriegs gegen Europa in Schnellverfahren innerhalb der nächsten sechs Monate zu genehmigen. Dazu müssen Bund und Länder die Genehmigungsbehörden vor Ort massiv unterstützen. Wir werden die Beschleunigungsmöglichkeiten soweit rechtlich möglich dafür genauso ausreizen wie beim Bau der schwimmenden LNG-Terminals, als einmalige Regelung in der Sondersituation der von Russland herbeigeführten Energiekrise. Zudem müssen bestehende landesspezifische Zusatzabstände für Windkraftanlagen von Wohnbebauung, die über die bundesweit gültigen Regelungen hinausgehen, abgeschafft werden.

Das Ergebnis des Stresstestes ist eindeutig: Die Atomkraft ist nicht die Lösung für das drohende Energieproblem in diesem Winter. Selbst im Süden könnte die Atomenergie nur einen Bruchteil der notwendigen Maßnahmen zur Netzstabilisierung leisten. Es braucht ein ganzes Maßnahmenbündel, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bezogen auf die Atomkraft hat der Stresstest die lauten Stimmen widerlegt, die im Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke die Lösung aller Probleme sehen. Denn insgesamt spielt die Atomenergie selbst im Worst-Case Szenario im Vergleich zu den anderen dringenden Maßnahmen nur eine untergeordnete Rolle, wenn es darum geht, in kritischen Situationen die Netzsicherheit zu gewährleisten. So erweist sich der Beitrag der AKW für die Versorgungssicherheit insgesamt als begrenzt, ihr Beitrag zum Einsparen von Gas und zur Dämpfung der Strompreise als marginal.

Eine befristete Einsatzreserve für den Notfall

Für den äußersten Notfall, so unwahrscheinlich er auch sein mag, wollen wir dennoch vorsorgen und auf alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Netzstabilisierung zurückgreifen können. Deswegen stimmen wir zu, eine konditionierte, zeitlich begrenzte und von der Atomaufsicht der Länder strikt überwachte und von der Bundesaufsicht begleitete AKW-Einsatzreserve zu schaffen. Damit endet die Laufzeit der verbliebenen drei Atomkraftwerke regulär zum 31. Dezember dieses Jahres. Die beiden AKW im Süden des Landes, Isar 2 und Neckarwestheim 2, werden jedoch bis maximal 15. April 2023 weiter in Betriebsbereitschaft gehalten und stehen so – ohne neue Brennelemente – zur Verfügung, um, falls nötig, einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromnetzes in Süddeutschland zu leisten.

Wir begrüßen die in der Vereinbarung mit der Bundesregierung erklärte Bereitschaft der Betreiber von Isar 2 und Neckarwestheim 2 zum potentiellen Reservebetrieb, sowie die erklärte Absicht, diese Anlagen nach dem 15. April 2023 unverzüglich zurück zu bauen. Bündnis 90/Die Grünen werden im Bundestag keiner gesetzlichen Regelung zustimmen, mit der neue Brennelemente, noch dafür notwendiges neues angereichertes Uran beschafft werden soll. Sie sind für eine Einsatzreserve nicht erforderlich; neuer, gefährlicher Atommüll wird nicht produziert. Nur für einen begrenzten Zeitraum bis zum 15. April 2023 und nur für die zwei süddeutschen AKW ist ein eng konditionierter Einsatz zur Abwehr einer konkreten Gefahr für die Versorgungssicherheit und ist eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen für den Leistungsbetrieb von Atomkraftwerken vertretbar und damit zustimmungsfähig. Das AKW Emsland wird zum 1. Januar 2023 endgültig abgeschaltet und zurückgebaut. Wir schalten lieber gefährliche Hochrisikokraftwerke ab, als Windparks abzuregeln - weil sie durch AKW aus dem Netz gedrängt werden - und als für nicht produzierten Strom trotzdem Geld zahlen zu müssen.

Wir lehnen Forderungen nach weiteren Laufzeitverlängerungen klar ab. Die Risiken im Stromsystem für den kommenden Winter unterscheiden sich wesentlich vom Winter 2023/24, weil durch die längere Vorlaufzeit bereits beschlossene Maßnahmen dann stärker wirken und noch weitere umgesetzt werden können. So setzen wir mit Unterstützung beim Energiesparen und Energieeffizienz auf ein wesentliches Element bei der dauerhaften und nachhaltigen Sicherstellung der Energieversorgung. Zusätzlich erhöhen wir bis dahin die Gas-Importkapazität über schwimmende LNG-Terminals so stark, dass keine Gasmangellage an den Gaskraftwerken mehr zu befürchten ist. Wir steigern die Verfügbarkeit von Strom aus Biogas-Anlagen und aus anderen Erneuerbaren. Ebenso verbessern wir die Leistungsfähigkeit der Stromnetze, die Kraftwerkskapazitäten und flexible Lasten. Damit werden bis Herbst 2023 die Unsicherheitsfaktoren deutlich reduziert und die Versorgung bleibt auch in Extremszenarien

gesichert. Eine Verlängerung der Einsatzreserve über Frühjahr 2023 hinaus oder eine Wiederbelebung im Winter 2023/24 ist deshalb ausgeschlossen.

Der Einsatz der Reserve ist nicht voraussetzungslos. Sie kann im Winter 2022/23 und nur dann eingesetzt werden, wenn die Bundesregierung transparent und unter Mitwirkung des Bundestages feststellt, dass die Voraussetzungen eines Krisenszenarios, wie in den Bedingungen des Stresstests beschrieben, vorliegen und auch unter Ausnutzung der anderen Maßnahmen eine kritische Situation weiterhin droht. Die gesetzlichen Regelungen müssen sicherstellen, dass die Sicherheit der Anlagen gewährleistet ist, Sicherheitsaspekte auch gegen äußere Bedrohungen oberste Priorität haben und die Betreiber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Der Atomausstieg bleibt

Die Einsatzreserve ist eine verantwortungsvolle, angemessene, zeitlich begrenzte und zielgenaue Lösung, um auf ein Extremszenario vorbereitet zu sein und einer möglichen Netzinstabilität im kommenden Winter vorzubeugen. Sie trägt aber auch dem Risiko Rechnung, das der Einsatz von Atomkraft bedeutet.

Für uns ist klar: Der Atomausstieg bleibt. Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie. Weiterhin ist für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls keine Lösung in Sicht. Auch haben sich die Behauptungen von der Atomkraft als verlässlicher und günstiger Energiequelle immer wieder als Märchen entpuppt – davon zeugt einmal mehr der dramatische Ausfall der französischen AKW. Deutschland hat sich aus guten Gründen entschlossen, aus der Atomkraft auszusteigen. Atomkraft ist die Vergangenheit, nicht die Zukunft unserer Energieversorgung. Die Zukunft ist erneuerbar.